

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 16 (1975)  
**Heft:** 23

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Abrechnung mit einem einzelnen, aus Bedarfsgründen zum Sündenbock gemachten Sadisten unversehens eine deutliche Abrechnung über den Repressionsapparat selber geworden. Schon während der Verhandlungen suchte der Richter den Angeklagten »zur Sache« seiner persönlichen Verbrechen zu bringen, worauf Tsirekidse allerdings unbeeindruckt erwiderte, das könne man mit ihm nicht so einfach machen. Bei Gelegenheit dieses Wortwechsels erwähnte er auch, dass man in den Zeitungen über Chile schreibe, während doch in den Gefängnissen «bei uns» schlimmeres geschehe.

\*

Die erstaunliche Gerichtsverhandlung fand zwar in einem Raume des Untersuchungsgefängnisses statt, aber ohne Ausschluss der Öffentlichkeit! Anscheinend hätte eine geschlossene Session dem Publikum nicht beweiskräftig genug gezeigt, wie unbestechlich man mit Verbrechern auch dann umgehe, wenn sie der Polizei angehörten. Normalerweise sorgt man in der UdSSR in ähnlichen Fällen durch genau überprüfte Besucher dafür, dass die zugelassene Öffentlichkeit kon-

trollierbar bleibt. Oder bleiben sollte. Denn schon mehrmals hat es ausführliche Samisdatschilderungen von Prozessen gegeben, die man selektiv-öffentlich geführt hatte.

\*

Für seine Bedürfnisse rettete das Gericht die Situation in seiner Urteilsfindung. Es behandelte die persönliche Schuld der Angeklagten und ging auf Dinge wie Folterungen im allgemeinen oder die Anweisungen des Innenministeriums mit keinem Worte ein. Tsirekidse und Usupjan wurden zu sechs Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Knapp in der Grössenordnung der Strafe, die etwa einer erhält, der wegen Staatsverleumdung angeklagt ist, weil er über Folterungen im sowjetischen Justizwesen geredet hat. So unterschiedlich sind die Massstäbe. Es sei denn: Es sei denn, das relativ milde Urteil (für Mord steht nach den sowjetischen Gesetzen die Todesstrafe) drücke die Einsicht aus, dass Tsirekidse für seine Taten doch nicht die ungeteilte Verantwortung trage. Dann hätte das Urteil selbst indirekt das ausgedrückt, was in der Urteilsbegründung nicht gesagt werden durfte.

## In Kürze

Jugoslawien will alle Anstrengungen unternehmen, um möglichst viele seiner Arbeiter, die heute in Westeuropa beschäftigt sind, in die Heimat zurückzuführen.

Diese Forderung wurde an einer Tagung erhoben, die der «Koordinationsausschuss für Fragen der jugoslawischen Gastarbeiter in Westeuropa» in den Räumlichkeiten der Belgrader Gewerkschaftszentrale abhielt. Inzwischen will man sich vorrangig um folgende Punkte kümmern:

- Das Interesse der Gastarbeiter an der Politik ihrer Heimat ist durch entsprechende Organisationen zu steigern. In dieser Hinsicht sind die bisherigen Erfolge am Beispiel der Schweiz vermerkt worden.
- Man will dafür sorgen, dass im Ausland die Betreuung der Jugoslawen durch Vereinigungen aufhört, die Belgrad nicht genehm sind.

Im Mittelpunkt der Belgrader Tagung stand ein Referat des Präsidenten des Koordinationsausschusses, Nedjo Borkovic. Er betonte, dass in letzter Zeit unter den jugoslawischen Gastarbeitern in Westeuropa das Interesse für die politische Lage in der Heimat stark gestiegen sei. Zurzeit sind über 250 jugoslawische Klubs und Vereine tätig, deren Hauptaufgabe es ist, die Gastarbeiter aus Jugoslawien über die Lage in der Heimat zu informieren.

Laut Borkovic haben die jugoslawischen Klubs in der Schweiz in diesem Jahr mehrere Zusammenkünfte organisiert, an welchen insgesamt über 100 000 Teilnehmer registriert wurden (heute sind in der Schweiz etwa 30 000 jugoslawische Gastarbeiter tätig — Anm.). In Westdeutschland sollen an den Veranstaltungen anlässlich des 30. Jahrestages des Sieges über den Faschismus einige hunderttausend jugoslawische Gastarbeiter teilgenommen haben.

Ibro Sator, Vertreter des SBdW Bosnien und Herzegowina, forderte an der Sitzung, dass jene

politischen und kulturellen Organisationen bekämpft werden müssten, die sich (als Konkurrenten des Sozialistischen Bundes der Werktätigen, SBdW) mit der Freizeitgestaltung der jugoslawischen Gastarbeiter im Ausland befassen.

Die steigende Jugendkriminalität gibt nicht nur in der Sowjetunion zu reden (siehe Seite 8), sondern auch in Bulgarien. Aber was immer die Sorgen mit dem Phänomen selber sein mögen, die Sorgen mit der Begründung sind peinlich evident.

Der bulgarische Generalstaatsanwalt I. Vatschkoff gab zuhause der Öffentlichkeit seine Deutung der Sache («Rabotnitschesko delo», 25. 9. 1975). Und zwar mit zwei Komponenten:

- Erstens sei festzustellen, dass «die alarmierende Zunahme der Jugendkriminalität in einigen der entwickeltsten kapitalistischen Ländern sich auch in diesem Lande widerspiegelt».
- Und zweitens seien «die bourgeoise Ideologie und Moral sowie gewisse desorganisierende Faktoren aus der Erbschaft der Vergangenheit» der Ausgangspunkt der heutigen Jugendkriminalität in Bulgarien.

Wobei man sich fragen muss, wieso erstens die Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft auf die sozialistische Gesellschaft übertragbar sind, und wieso zweitens die Jugendkriminalität als Ueberrest der Vergangenheit zunimmt statt abnimmt.

In der Tat ergab es sich, dass die generalprokuratorische Begründung nicht einmal ihrem Urheber einleuchtete. In einem Interview mit «Semedelsko sname» (28. 9. 1975) führte er nunmehr aus, die Ursachen für die gestiegene Jugendkriminalität seien «wirtschaftliche, demographische und kulturelle Prozesse» vor allem als Begleiterscheinung der Landflucht. Und schon sind gesellschaftliche Erscheinungen nicht mehr klassenbedingt. Womit Vatschkoff bei den entideologisierten Begründungen seiner sowjetischen Fachkollegen angelangt ist. In dieser Sache sind marxistische Kriterien doch zu kontraproduktiv. Aber sie sind ja ohnehin etwas, was man dem Westen überlassen darf.

## à propos Mensch

Der Samisdat als Kanal konkret-menschlicher Anliegen: in der offiziellen Presse kommen sie zu kurz. Nun, die staatlichen Verlage haben dem Staat zu dienen, nicht dem Menschen.

So hat der Bildhauer Ernst Neiswestnyj seinen Offenen Brief an den finnischen Präsidenten im Samisdat «veröffentlicht»; sein Anliegen: auszureisen. Die Gründe: «Die Unmöglichkeit, im Verlaufe zwanzigjähriger schöpferischer Tätigkeit meine Arbeiten auszustellen — und ohne Betrachter gibt es keinen Künstler; erfolglose Versuche, über viele Jahre hin, beruflich in den Westen zu reisen; das Verhindertsein, die Kulturdenkmäler der Welt und die zeitgenössische Kunst zu sehen; das Fehlen persönlicher Kontakte zu westlichen Kollegen.

*Ich bin fünfzig Jahre alt — all das habe ich als völliges geistiges Vakuum und Tod zu empfinden begonnen.*

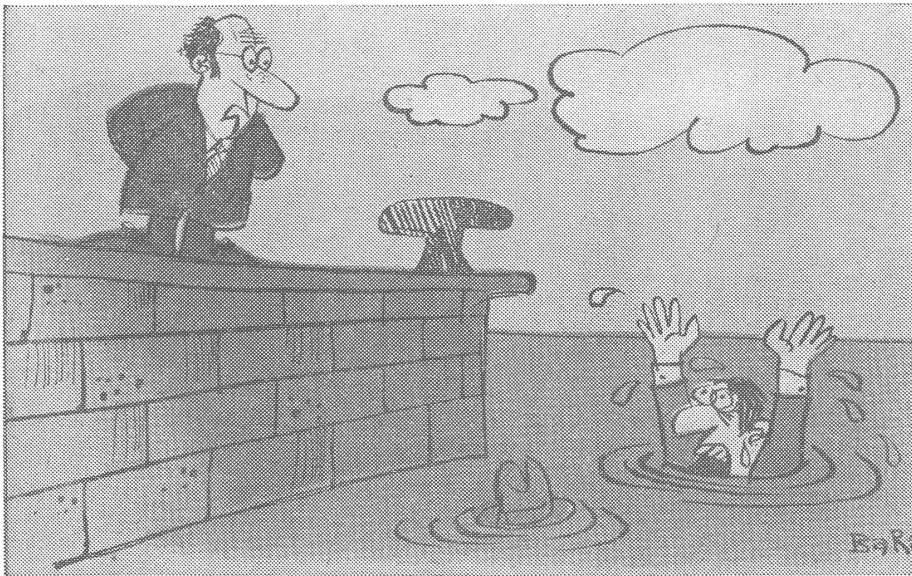
*Ich kann für all das keine rationale Erklärung finden. Die einzige Erklärung meines Loses ist, dass ich als Persönlichkeit verstossen werde und dass alles, was ich als Künstler schaffe, ontologisch nicht angenommen wird.»*

Nachdem Verwandte in Israel den Bildhauer eingeladen haben, gäbe es kein Problem mehr, wenn nicht der Staat dem Individuum gesetzwidrige Knebel zwischen die Beine geworfen hätte. Hier hofft Neiswestnyj auf Kekkonen, den KSZE-Förderer. Denn dieser kennt den Künstler, erhielt von der Sowjetregierung dessen Skulptur «Die Erde» geschenkt und konnte «nicht umhin, Ihnen (Neiswestnyj) meine aufrichtige Begeisterung über diese wundervolle Skulptur auszudrücken. Bewundernswert harmonisch verbinden sich darin mächtige Massivität und graziöse Eleganz. (...) Sie wird immer einen Ehrenplatz in meinem Haus einnehmen.» (Zitiert in: Gennadij Fisch: Erneut in Skandinavien. Moskau 1973.)

Ob dieser eine Betrachter den Künstler macht? Aber in der Sowjetunion muss der Künstler, wie Neiswestnyj im Sommer 1975 erklärte, «90 Prozent der Energie auf die Ueberwindung künstlich geschaffener Hindernisse verwenden»: dies, seit er überhaupt Aufträge bekomme. Ob er überzeugt sei, dass man im Westen sein Schaffen anerkennen werde und er dort bessere Arbeitsbedingungen antreffe? «Das interessiert mich nicht, weil ich mit der Ausreise die Hauptsache erreiche: Ich möchte ein Leben leben, in dem die mir zuteil werdende Anerkennung oder Nichtanerkennung, das Glück oder Unglück ein Ergebnis meiner eigenen Handlungen, meines Risikos und des Masses meiner Begabung ist.»

Das ist das Stück Freiheit, das der Mensch Neiswestnyj haben möchte und legal haben könnte. Wenn der KSZE-Pate ihm gegen den Staat hilft, der meint, die KSZE-Beschlüsse hätten dem Staat zu dienen, nicht dem Menschen.

HTD



«Hilfe!» – «Sie müssen da schon präzisieren: Wer soll in diesem Falle die Hilfe leisten? Die Gewerkschaft, der Staat oder die Betriebskollektive?»

Am drastischen Einzelfall zeigt man die klassische Zuständigkeitschieberei im bürokratischen Instanzenlabyrinth, bei welcher der Einzelne unterwegs auch draufgehen kann. Hauptsache, es wird laufend immer alles richtig registriert. Bei all diesen Bemühungen steht selbstverständlich immer der Mensch im Mittelpunkt – bloss nicht gerade in personam.

Fürsorglich, vorsorglich und ausgesorgt

# Durchblick und Ausblick

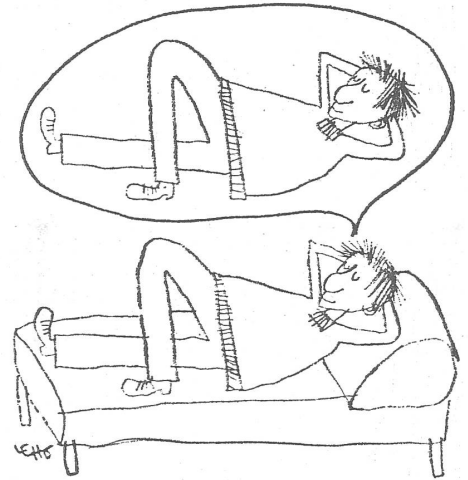


Demokratische Betriebsführung: «Wissen Sie, bei uns hat ein jeder das Recht, in die Betriebsführung Einsicht zu nehmen.»

Die Ungarn selber (die in dieser Hinsicht immerhin öffentlich freier reden können als ihre sowjetischen Kollegen, bezeichnen es immer wieder als grosse Aufgabe der Zukunft, der Arbeiterschaft zu erklären, dass ihr die Betriebe gehören. Die Arbeiter haben nämlich offensichtlich keinen Anlass, das von selber zu merken ...

Umfrage unter den Karikaturisten

«Weswegen beneiden Sie den Menschen des kommenden Jahrhunderts?»



«Wegen der freien Zeit.»



«Vielleicht gibt es dann Kalbfleisch.»



«Vielleicht wird man dann die Geschichte des 20. Jahrhunderts verstehen.»